# WENDELIN MAYER

# Sprache und Recht bei der Europäischen Aktiengesellschaft

Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht 402

Mohr Siebeck

#### Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

402

# Herausgegeben vom Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht

#### Direktoren:

Holger Fleischer und Reinhard Zimmermann



# Wendelin Mayer

# Sprache und Recht bei der Europäischen Aktiengesellschaft

Wendelin Mayer, geboren 1986; Studium der Rechtswissenschaften in Freiburg; Referendariat in Freiburg, München und Tokyo; Masterstudiengang (LL.M.) in Comparative, European and International Laws am Europäischen Hochschulinstitut (European University Institute, EUI) in Florenz, Italien; 2017 Promotion (Freiburg); seit 2016 Rechtsanwalt in München. orcid.org/0000-0003-0472-8886

ISBN 978-3-16-155794-1 / eISBN 978-3-16-155795-8 DOI 10.1628/978-3-16-155795-8

ISSN 0720-1141 / eISSN 2568-7441 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über http://dnb.dnb.de abrufbar.

#### © 2018 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Nädele in Nehren gebunden.

Printed in Germany.



#### Vorwort

Die dem Buch zugrundeliegende Dissertation wurde im Sommersemester 2017 von der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg als Doktorarbeit angenommen. Meinem Doktorvater, Prof. Dr. Hanno Merkt, LL.M. (Univ. of Chicago), schulde ich herzlichen und aufrichtigen Dank für die Offenheit gegenüber dem Thema, für die große Freiheit bei der Abfassung der Arbeit und für die rasche Korrektur der Doktorarbeit. Herrn Prof. Dr. Jan Lieder, LL.M. (Harvard), möchte ich an dieser Stelle für die Erstellung des Zweitgutachtens danken. Den Herausgebern der Reihe danke ich für die Aufnahme in die Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht, für die Durchsicht auf Seiten des Max-Planck-Instituts den Mitarbeitern der dortigen Abteilung Redaktionen, für die Durchsicht auf Seiten des Mohr-Siebeck-Verlags Frau Jana Trispel. Für die Druckfassung wurden Literatur, Rechtsprechung und Gesetzgebung bis August 2017 berücksichtigt.

Teilweise verdankt sich diese Arbeit einem Aufenthalt 2014/2015 für einen Masterstudiengang am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz. In dieser Zeit habe ich viele Inspirationen erhalten und viel Wertvolles gelernt. Aus dieser Zeit bin ich meinem Betreuer, Prof. Stefan Grundmann, sowie vielen weiteren zu Dank verpflichtet. Unter diesen möchte ich Agnieszka Smolenska sowie Filipe Brito Bastos nennen, die mich unter anderem mit zahlreichen Hinweisen zur polnischen beziehungsweise portugiesischen Sprache unterstützt haben.

Danken möchte ich auch meinen Freunden in Deutschland. Leonid Aleiner hat mich auf das Europäische Hochschulinstitut in Florenz aufmerksam gemacht und mir in zahlreichen Gesprächen Hinweise und Ratschläge gegeben. Mit Joachim Glöckler habe ich über viele Einzelfragen diskutiert und mich über Literatur ausgetauscht. Gustav Ollinger hat ebenso wie sie Teile meiner Arbeit sorgfältig Korrektur gelesen; auch hierfür schulde ich Dank. Alle verbleibenden Fehler habe ich allein zu verantworten.

Ein Anliegen ist es mir auch, die vielen Bibliotheken, in denen diese Arbeit entstanden ist, in Dankbarkeit zu erwähnen. Neben der Universtitätsbibliothek in Freiburg und der in Augsburg sowie der Bibliothek des Europäischen Hochschulinstituts in Florenz waren dies die Historical Archives of the European Union in der Villa Salviati in Florenz, die Bibliothek der Universitä degli Studi Firenze, die Bibliothek der Ludwig-Maximilians-Universität in München, die

VIII Vorwort

Bayerische Staatsbibliothek sowie viele weitere. Von der Generaldirektion Justice and Consumers der Kommission, Unit A3 – Company Law hat mich Frau Dorota Łyszkowska-Becher dankenswerterweise bei Rückfragen zur Entstehungsgeschichte des europäischen Rechts unterstützt.

Einen Teil der Arbeit, insbesondere zum ausländischen Recht, konnte ich als Gastleser in der Bibliothek des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg erstellen. Auch hierfür schulde ich allen Beteiligten, stellvertretend Frau Halsen-Raffel, Dank, ebenso wie dem Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen, hier stellvertretend Frau Golombek, das mir die Aktualisierung der Literatur für die Erstellung der Druckfassung erleichtert hat.

In besonderer Weise danken möchte ich meiner Familie, meinen Schwestern Anima und Felicitas, die mich bei der Arbeit unterstützt haben und mir zahlreiche Anregungen und Hinweise, sei es in den Bereichen Spanisch, Portugiesisch, Philosophie oder allgemein, gegeben haben, sowie meiner Freundin Carolin, die ebenfalls meine Arbeit geduldig unterstützt und mitgetragen hat.

In erster Linie aber gilt mein Dank meinen Eltern, die mich im Jurastudium und bei allen meinen Lebensentscheidungen immer uneingeschränkt unterstützt haben und ohne die diese Arbeit nicht möglich gewesen wäre. Ihnen möchte ich dieses Buch widmen.

München, Juni 2018

Wendelin Mayer

# Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Einleitung	1
A. Der Erfolg der SE in der Rechtswirklichkeit	1
B. Geschichte der SE	
C. Europäische Mehrsprachigkeit	12
D. Sprachlich komplexes Problem bei der SE	
1. Kapitel: Methodik	21
A. Definitionen und Fragestellung	21
B. Präzisierung der Problemstellung	41
C. Methodik Teil I: europäische Auslegungsmethoden	57
D. Methodik Teil II: die Verweisungstechnik der SE-VO und a	las IPR79
E. Gang der Untersuchung	104
2. Kapitel: Rechtspersönlichkeit	107
A. Einleitung: Einigung mit Worten statt auf Konzepte?	107
B. Autonome Auslegung	
C. Auslegungen in der Literatur	
D. Zwischenergebnis zur Sprachverwirrung	
3. Kapitel: Hauptverwaltung	206
A. Einleitung: Bedeutung der Sitzverlegung für die	
Rechtsform SE	
B. Hintergrund: Sitz- und Gründungstheorie(n)	
C. "Hauptverwaltung" in der SE-VO	
D. Autonome Auslegung von "Hauptverwaltung"	223

E. Untersuchung von Auslegungen in der Literatur	294
F. Zwischenergebnis für "Hauptverwaltung"	
4. Kapitel: Aktie	305
A. Einleitung: "Aktie" als Konzept einer Verweisungsnorm	305
B. Autonome Auslegung	307
C. Auslegungen in der Literatur	
D. Fazit Sprachverwirrung	
5. Kapitel: Fazit	358
A. Sprachverwirrung	358
B. Kohärente Rechtssprache	
C. Wörterbuch	
D. Ausblick zum Verhältnis von Sprache und Recht:	
Ist Sprache ohne Recht sinnvoll?	368
Anhang: Tabellarische Übersicht zum Terminus "Hauptverwaltung".	372
Literaturverzeichnis	379
Sachregister	427
~ 0	

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Einleitung	1
A. Der Erfolg der SE in der Rechtswirklichkeit	1
B. Geschichte der SE	
C. Europäische Mehrsprachigkeit	12
D. Sprachlich komplexes Problem bei der SE	19
1. Kapitel: Methodik	21
A. Definitionen und Fragestellung	21
I. Begriff, Terminus und Konzept	21
II. Rechtssprache	26
III. Rechtsordnung	
IV. Auslegung	32
V. Übersetzung	
VI.Fragestellung	
B. Präzisierung der Problemstellung	41
I. Grundthese: "Sprachverwirrung"	
1. Sprachverwirrung: Erscheinungsformen und Beispiele	43
a) Sprachverwirrung innerhalb einer Rechtsordnung	43
b) Sprachverwirrung bei mehreren beteiligten	
Rechtsordnungen	
c) Ausweichversuche: neue Termini für neue Konzepte	45
2. Sprache als Vorverständnis	
a) Vorververständnis als hermeneutisches Konzept	49
b) Vorverständnis in der Rechtswissenschaft	49
c) Lösungsansatz: Offenlegen des Vorverständnisses	52
II. Lösungsansatz: eine kohärente europäische Rechtssprache?	53
III Lösungsansatz: Wörterbuch?	54

	IV	Lösung durch Rechtssetzung? Zum Verhältnis von Sprache und	
		Recht	56
	V.	Zusammenfassung und Lösungsansätze	
<i>C</i> .		thodik Teil I: europäische Auslegungsmethoden	
	I.		
		1. Ausgangspunkt: Methoden nach von Savigny	
		2. Rechtsvergleichung als probates Auslegungsmittel?	
		3. Standpunkt dieser Untersuchung: Anwendbarkeit unter zwei	
		Prämissen	61
	II.	Rangordnung der Auslegungsmethoden	
		1. Insbesondere: Die Einordnung der rechtsvergleichenden	
		Auslegung	64
		2. Standpunkt dieser Untersuchung: Einordnung als Auslegung	
		nach dem Wortlaut	64
	III.	. Wortlaut (mit Rechtsvergleich)	67
		1. Ausgangspunkt: Methoden des EuGH bei der	
		Rechtsvergleichung	67
		2. Terminologische Methode	68
		3. Geographische und zeitliche Eingrenzung	
		a) Beschränkung auf EU-Mitgliedstaaten	71
		b) Insbesondere: unter Berücksichtigung von England und	
		Wales trotz des sog. "Brexit"	72
		c) Präzisierung des Prüfungsumfangs	
		in zeitlicher Hinsicht	
		4. Sprache und Zitierweise	
		.Systematik	
		Entstehungsgeschichte	
		.Zweck der Norm	
D.		thodik Teil II: die Verweisungstechnik der SE-VO und das IPR	
		Die SE und das IPR der Mitgliedstaaten	
		Anleihen bei der Methodik des europäischen IPR	
	III.	. Autonome Auslegung von Kollisionsnormen	
		1. Gründe für die autonome Auslegung	86
		2. Autonome Auslegung bereits h.M. im europäischen IPR und	
		IZVR	
		3. Verdeutlichung am Beispiel von aktuellen Fragen im IPR	
		4. Ergebnis	93
	IV	.Konzepte in Verweisungsnormen der SE-VO: universale	
		Rechtskonzepte	94
		1. Umfang der europäischen Konzepte: universale	
		Rechtskonzepte	94
		2. Beispiele für das Denkmuster des universalen	
		Rechtskonzentes	96

	3. Abgrenzung zu konkret-allgemeinen Begriffen	.101
	V. Einfluss der Verweisung auf die Sprachverwirrung	.102
	VI. Ergebnis	.103
	E. Gang der Untersuchung	.104
	I. Zur Auswahl der Termini	.104
	II. Doppelte Rolle der Rechtsvergleichung	.105
	III. Zu erwartende Ergebnisse	.106
)	. Kapitel: Rechtspersönlichkeit	.107
	A. Einleitung: Einigung mit Worten statt auf Konzepte?	
	B. Autonome Auslegung	
	I. Wortlautauslegung	.110
	1. Deutschland	
	a) Rechtsgeschichte: der Theorienstreit	
	b) Verwendung von "Rechtspersönlichkeit" im Gesetz	.116
	c) Rechtsfähigkeit und Abgrenzung gegenüber	
	Außenpersonengesellschaften	.118
	aa) Zweiteilung der Rechtsträger (natürliche und	
	juristische Personen)	
	bb)Dreiteilung der Rechtsträger (h.M.)	.123
	cc) Teilrechtsfähigkeit	.125
	d) Handlungsfähigkeit	.128
	e) Vorgesellschaft	.130
	f) Zwischenergebnis zum deutschen Recht	.132
	2. Italien	.132
	a) Terminus für "Rechtspersönlichkeit" und Verwendung	.133
	b) Wer hat personalità giuridica?	.135
	c) Vorgesellschaft	
	d) Zwischenergebnis zum italienischen Recht	.141
	3. England	.141
	a) "Rechtspersönlichkeit" in SE-VO und im englischen	
	Recht	.142
	b) Ultra vires-Lehre	.147
	c) Vorgesellschaft	.149
	d) Zwischenergebnis zum englischen Recht	
	4. Frankreich	
	a) Terminus für "Rechtspersönlichkeit" und Verwendung	
	im nationalen Recht	.151
	b) Dogmatik und Rechtsgeschichte	
	c) Weitere Eigenschaften von <i>personnalité morale</i>	
	d) Vorgesellschaft	
	e) Zwischenergebnis zum französischen Recht	

5	S. Rechtsvergleichung	161
	a) Unterschiede	161
	b) Gemeinsamkeiten: vom Theorienstreit zur	
	Rechtsfähigkeit als Mindestinhalt	162
	c) Erklärungsversuche für landesspezifische	
	Besonderheiten: Haftung, Vorgesellschaft	163
	d) Handlungsfähigkeit der juristischen Person	166
	e) Ergebnis	168
II. F	Historische Auslegung – Vorentwürfe der SE-VO	
1	1. Sanders-VOV (1966)	168
2	2. Spätere Entwürfe	170
3	3. Ergebnis	171
III. S	Systematik	171
1	1. Systematik: Art. 1 Abs. 2 S. 2 SE-VO	171
2	2. Systematik: Art. 10 SE-VO	171
3	3. Systematik: Primärrecht (Art. 47 EUV)	176
4	4. Systematik: Übereinkommen über die gegenseitige	
	Anerkennung von Gesellschaften und juristischen Personer	1
	(Entwurf 1968)	
5	5. Systematik: andere Gesellschaftsformen	180
	a) EWIV-VO	181
	b) Sonstige Entwürfe 1992 sowie die SCE-VO 2003	184
6	6. Systematik: Vor-SE und Vorgesellschaft im europäischen	
	Gesellschaftsrecht	
7	7. Systematik: Art. 16 Abs. 2 SE-VO	190
	3. Fazit systematische Auslegung	
IV.T	Гelos	192
1	1. Auslegung im Sinne einer funktionierenden Rechtsform	192
2	2. Grundinhalt	193
3	3. Denkbare Einschränkungen der Rechtsfähigkeit	194
4	4. Deliktsfähigkeit und die Strafbarkeit von Verbänden	195
5	5. Fazit teleologische Auslegung	197
V. F	Fazit autonome Auslegung	197
C. Ausle	egungen in der Literatur	198
I. P	Prägung der h.M. durch die Kommentierung von Schwarz	198
II. I	Die h.M.: Rechtsfähigkeit als Mindeststandard – ein	
N	Missverständnis	198
III. V	Weitere Präzisierungen der h.M.	202
IV. A	Aufsatz- und sonstige Literatur	203
D. Zwise	chenergebnis zur Sprachverwirrung	204

3. Kapitel: Hauptverwaltung	206
A. Einleitung: Bedeutung der Sitzverlegung für die Rechtsform der SE	206
B. Hintergrund: Sitz- und Gründungstheorie(n)	
I. Terminologische Vorfrage: Gibt es "die eine" Sitztheorie?	
II. Darstellung nach kollisionsrechtlichen und sonstigen	200
Gesichtspunkten getrennt	210
III. Sitztheorien: Kollisionsrecht	
IV. Gründungstheorien: Kollisionsrecht	
V. Materiell-rechtliche Folgen der Sitz- und Gründungstheorien .	
VI. Rechtsprechung des EuGH: Stellungnahme zur Sitztheorie?	
C. "Hauptverwaltung" in der SE-VO	
I. Sitz und Hauptverwaltung bei der SE-VO	
II. Fehlen einer Definition	
D. Autonome Auslegung von "Hauptverwaltung"	
I. Wortlaut	
1. Deutschland	
a) Die deutsche Sitztheorie: Anwendungsbereich	
b) Staatsangehörigkeit und Sitzverlegung	
c) "Hauptverwaltung"	
d) Vermutung zu Gunsten des Satzungssitzes	
e) Zusammenfassung zum deutschen Recht	
2. Italien	
a) Gesetzgebungsgeschichte (des italienischen IPR):	
Lage bis 1995	234
b) Reformvorschläge	
c) Heutige Regelung (seit 1995)	
d) Bestimmung von "sede"	238
e) "Nazionalità" von Gesellschaften	
f) Zusammenfassung zum italienischen Recht	240
3. England	240
a) <i>Domicile</i>	241
b) Residence im case law	242
c) Residence in Gesetzen	244
d) Zusammenfassung zum englischen Recht	245
4. Frankreich	245
a) Verwendung im Gesetz	245
b) Verwandte Konzepte	248
c) Bestimmung des siège social	
d) Bedeutung des Satzungssitzes	
e) Zusammenfassung zum französischen Recht	253
5. Rechtsvergleich	254

		a)	Zu vernachlässigende Aspekte	254
			Diffuse Kriterien	
			Maßgeblichkeit verschiedener Ebenen	
			Vermutungregeln	
			Erklärungsansatz: verschiedene Funktionen der	200
		0)	Konzepte in den jeweiligen Ländern	256
		f)	Fazit I: Relativität der deutschen Position	
			Fazit II: Rahmen für die weitere Auslegung	
	II. (		zgebungsgeschichte	
			matik	
			stematische Auslegung: Rechtsfolgen des	
			auptverwaltungskriteriums in der SE-VO	261
	2		imärrecht (Art. 54 AEUV)	
	3	3. Ar	ndere europäische Rechtsformen	266
	4	4. Eu	ropäisches IPR und IZPR	271
	5	5. Eu	ropäisches Aufsichtsrecht	275
	6	5. In	solvenzrecht	279
	7	7. Üt	bereinkommen über die gegenseitige Anerkennung von	
			esellschaften und juristischen Personen (Entwurf 1968)	
			eizehnte Richtlinie	
			erzehnte Richtlinie (Entwurf)	
			vischenergebnis für die systematische Auslegung	
			logische Auslegung	
	1		nknüpfungskriterium der SE-VO	284
	2		ntwort der SE-VO auf die anderen von Sitz- und	
			ündungstheorien aufgeworfenen Fragen	
			nn der Sitzkopplung: Aufsichtsrecht?	
			nn der Sitzkopplung: Gleichlauf?	
			nn der Sitzkopplung: Ziele der Sitztheorien	
	6	5. Fu	inktion von "Hauptverwaltung"	290
			ermutung zu Gunsten des Satzungssitzes?	
_			ein autonomes Konzept?	
<i>E</i> .			nung von Auslegungen in der Literatur	
			gungen mit explizitem Rückgriff auf nationales Recht.	294
			gungen, die einen Rückgriff auf nationales Recht zu	200
_			eiden suchen	
F.			ergebnis für "Hauptverwaltung"	
			d: Schein der autonomen Auslegung	
			hverwirrung in der Literatur?	
	111 1	<b>∖</b> Onai	renz der kechissbrache	<b>1</b> 04

4. Kapitel:	Aktie	305
A. Einleiti	ung: "Aktie" als Konzept einer Verweisungsnorm	305
	me Auslegung	
	ortlaut	
	Deutschland	
	a) Kapitalanteil	
	b) Mitgliedschaft	
	c) Verbriefung	
	d) Übertragung von Aktien	
	e) Zusammenfassung zum deutschen Recht	
2.	Italien	
2.	a) Gesellschaftliche Beteiligung	
	b) Categorie di azioni	
	c) Kapitalbeteiligung	
	d) Verbriefung und Übertragung	
	e) Zusammenfassung zum italienischen Recht	
3	England	
5.	a) Rechtsnatur von "shares"	323
	b) Classes of shares	
	c) Bearer und registered shares und deren Übertragung	
	d) Zusammenfassung zum englischen Recht	
4.	Frankreich	
	a) Kapitalanteil	
	b) Unterscheidungen nach den Rechten der Aktionäre	
	c) Dematerialisierung und Veräußerung	
	d) Zusammenfassung zum französischen Recht	
5	Rechtsvergleichung	
	storisch	
	Der Terminus	
	Die frühen Vorentwürfe: Grundsatz der Vollregelung	
	Die Entwürfe von 1989 und 1991: Verweisungen	
	Schlussfolgerungen für das universale Rechtskonzept:	
••	Maßgeblichkeit des Umfangs, nicht des Inhalts	338
III. Svs	stematik	
	Art 1 Abs. 2 S. 1 SE-VO	
	Art. 5 SE-VO	
	Art. 60 SE-VO	
	Art. 9, 10 SE-VO	
	Systematik: sonstige Rechtsakte der EU: Allgemeines	
	Primärrecht: "Golden shares"-Rechtsprechung des EuGH.	
	One share one vote?	
	Zweite Richtlinie	

9. Fünfte Richtlinie (Entwurf)	349
10. Aktionärsrechterichtlinie	350
11. Zwischenergebnis für die systematische Auslegung	351
IV. Telos	351
V. Fazit autonome Auslegung	354
C. Auslegungen in der Literatur	354
D. Fazit Sprachverwirrung	357
5. Kapitel: Fazit	358
A. Sprachverwirrung	358
I. Zusammenfassung der Befunde	
II. Sprachverwirrung als mögliche und plausible Erklärung	359
B. Kohärente Rechtssprache	361
I. "Hauptverwaltung": uneinheitliche Terminusverwendung	361
II. Desiderate bezüglich der Kohärenz der Rechtssprache	362
III. Aktie und Rechtspersönlichkeit: einheitliche Termini, aber	
keine Konzepte	363
IV. Ergebnis	363
C. Wörterbuch	364
I. Bedarf	364
II. Anforderungen	365
III. Herausforderungen	366
IV. Ausblick	368
D. Ausblick zum Verhältnis von Sprache und Recht: Ist Sprache ohne	
Recht sinnvoll?	368
I. Idealvorstellung: Einigung zunächst über Konzepte	369
II. Probleme einer Terminologie ohne Konzepte	369
III. Auch Sprache ohne Recht kann sinnvoll sein – wenn sie	
kohärent ist!	370
Anhang: Tabellarische Übersicht zum Terminus "Hauptverwaltung"	372
Literaturverzeichnis	379
Sachregister	427

## Abkürzungsverzeichnis

Aufl. Auflage

a.A. andere Ansicht
ABl. Amtsblatt
Abs. Absatz

AC Law Reports: Appeal Cases, Third Series (englische Entschei-

dungssammlung)

AcP Archiv für die civilistische Praxis

AEUV Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union

a.F. alte Fassung

affd affirmed (bestätigt, bei englischen Urteilen)

AG Die Aktiengesellschaft

AG-Report AG-Report, Sonderteil der Zeitschrift Die Aktiengesellschaft

AktG Aktiengesetz

All England Law Reports (englische Entscheidungssamm-

lung)

Anh, Anh. Anhang
Anm. Anmerkung
AnwBl Anwaltsblatt

AÖGZ Allgemeine österreichische Gerichts-Zeitung App. Corte d'Appello (Appellationshof, Italien)

App.Cas. Law Reports: Appeal Cases, Second Series (englische Ent-

scheidungssammlung)

Art. Artikel, Articolo, Article

Art. L. Artikel auf Gesetzesgrundlage (loi) (nur Frankreich)

Art. R. Artikel auf Grundlage eines Dekrets (règlement) (nur Frank-

reich

ARSP Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie

AT Allgemeiner Teil

AWD Außenwirtschaftsdienst des Betriebsberaters

Banca, borsa, tit. cred. Bank, Börse, Wertpapiere (Teil einer italienischen Entschei-

dungssammlung)

BB Betriebsberater

B.C.C. British Company Law Cases (englische Entscheidungssamm-

lung)

Beschl. Beschluss

BGB Bürgerliches Gesetzbuch
BGBl. Bundesgesetzblatt
BGH Bundesgerichtshof

BGHZ Entscheidungssammlung des Bundesgerichtshofs in Zivilsa-

chen

Boyle & Birds' Boyle & Birds' Company Law, 9. Aufl. Bristol 2014

Company Law

Bull. Joly Bulletin mensuel Joly d'information des sociétés (französi-

sche Zeitschrift)

Bull. Joly Soc. Bulletin Joly Sociétés (französische Zeitschrift)

BVerfG Bundesverfassungsgericht

BVerfGE Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts

bzw. beziehungsweise

CA Companies Act (englisches Gesellschaftsrechtsgesetzbuch);

Court of Appeal(s) (englischer Appellationshof)

Cambridge Y.B. Cambridge Yearbook of European Legal Studies (englische

Eur. Legal Stud. Zeitschrift)

Cass. Corte di Cassazione

Cass. 1re civ. Cour de cassation, Première chambre civile (Erste Zivilkam-

mer des französischen Kassationshofes)

Cass. 2e civ. Cour de cassation, Deuxième chambre civile (Zweite Zivil-

kammer des französischen Kassationshofes)

Cass. 3e civ. Cour de cassation, Troisième chambre civile (Dritte Zivil-

kammer des französischen Kassationshofes)

Cass. civ. Corte di Cassazione, sezione civile/Arrêts de la Cour de cas-

sation, chambre civile (Kassationshof, Zivilabteilung (Ita-

lien/Frankreich))

Cass. com. Cour de cassation, chambre civile, section commerciale (Han-

delsabteilung des französischen Kassationshofes)

Cass. crim. Arrêts de la Cour de cassation, chambre criminelle (Strafkam-

mer des französischen Kassationshofs)

Cass. soc. Cour de cassation, chambre social (Sozialkammer des franzö-

sischen Kassationshofs)

Cass. (S.U.) Corte di Cassazione, sezioni uniti (Entscheidung der vereinig-

en Senate)

Cass. req. Chambre des requêtes de la Cour de cassation française (Ab-

teilung des französischen Kassationshofs)

CC Code civil (französisches Zivilgesetzbuch) c.c. Codice Civile (italienisches Zivilgesetzbuch)

CCom Code de commerce (französisches Handelsgesetzbuch)
Ch Law Reports, Chancery Division (Third Series) (englische

Entscheidungssammlung)

Ch.D. Law Reports, Chancery Division (Second Series) (englische

Entscheidungssammlung)

CDE Cahiers de Droit Européen (französische Zeitschrift)

Clunet Journal du Droit International Privé et de la Jurisprudence

Comparée, fondé et publié par Édouard Clunet (französische

Zeitschrift)

CMF Code monétaire et financier (französisches Finanzgesetz-

buch)

CMLR Common Market Law Review (Zeitschrift)
Comp.Law. Company Lawyer (englische Zeitschrift)

CPC Code de procédure civile (französisches Zivilprozessbuch) Codice di procedura civile (italienisches Zivilprozessbuch) c.p.c.

Decreto legislativo (Gesetzesdekret, Italien) d. lgs.

DB Der Betrieb

DIP Diritto internazionale privato/droit international privé (Inter-

nationales Privatrecht, italienisch/französisch)

Dir. fall. Il diritto fallimentare e delle società commerciali (Abschnitt

einer italienischen Entscheidungssammlung)

Deutsche Notar-Zeitschrift, Verkündungsblatt der Bundes-DNotZ

notarkammer

Dr. sociétés Droit des sociétés (französische Zeitschrift)

DStR Deutsches Steuerrecht

E.L. Rev. European Law Review (Zeitschrift)

EBLR European Business Law Review (Zeitschrift)

ECFR European Company and Financial Law Review (Zeitschrift)

Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche EGBGB

endg.

Law Reports, Equity Cases (englische Entscheidungssamm-Eq

lung)

et cetera etc.

EnGH Europäischer Gerichtshof EnLF European Legal Forum

EnR Europarecht

Euredia Revue Européenne de Droit Bancaire et Financier (französi-

sche Zeitschrift)

EUV Vertrag über die Europäische Union; Europäischer Verein

Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht EnZW

EWCA Civ England and Wales Court of Appeal (Civil Division) Decisi-

ons (englische Entscheidungssammlung)

**EWS** Europäisches Wirtschafts- & Steuerrecht

**EWiR** Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht, Kurzkommentare Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung **EWIV** 

Law Reports, Exchequer Division (englische Entscheidungs-Ex. D.

sammlung)

f. ff. folgende Fn. Fußnote

Foro it. Il Foro italiano (italienische Entscheidungssammlung)

Il Repertorio del Foro italiano (italienische Entscheidungs-Foro it., Rep.

sammlung)

FS Festschrift, Festgabe

FuS Zeitschrift für Familienunternehmen und Stiftungen

Goltdammer's Archiv für Strafrecht GA

gegebenenfalls ggf.

GIE groupement d'interêt économique (französische Rechtsform) Giur. comm.

Giurisprudenza commerciale (italienische Entscheidungs-

sammlung)

Giur. it. Giurisprudenza italiana (italienische Entscheidungssamm-

lung)

GmbHG Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haf-

tung

GmbHR GmbH-Rundschau

GPR Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht

GroßkommGmbHG Großkommentar zum Gesetz betreffend die Gesellschaften

mit beschränkter Haftung

GS Gedächtnisschrift

GU Gazetta Ufficiale (italienisches Amtsblatt)

Hare's Chancery Reports (englische Entscheidungssamm-

lung)

h.L. herrschende Lehre

HL House of Lords (Oberhaus des Parlaments des Vereinigten

Königreichs)

h.M. herrschende Meinung HGB Handelsgesetzbuch Hrsg. Herausgeber

Hurl. & C. Hurlstone & Coltman's Exchequer Reports (englische Ent-

scheidungssammlung)

ICLQ International and Comparative Law Quarterly

i.e.S. im engeren Sinne

IILR International Insolvency Law Review

i-IPRG italienisches Gesetz über die Reform des internationalen Pri-

vatrechts (1995)

INF Information über Steuer und Wirtschaft

IPR internationales Privatrecht

IPRax Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts

i.w.S. im weiteren Sinne

IZVR internationales Zivilverfahrensrecht

J. Law Econ. Organ Journal of Law, Economics, & Organization (englische Zeit-

schrift)

J. Legal Stud. Journal of Legal Studies (englische Zeitschrift)

JBL Journal of Business Law (englische Zeitschrift)

JCLS Journal of Corporate Law Studies (englische Zeitschrift)
JCP Jurisclasseur périodique (französische Zeitschrift)
JCP-E La Semaine Juridique Edition Entreprise et Affaires

jew. jeweils

JhJb Jherings Jahrbücher für die Dogmatik des heutigen römischen

und deutschen Privatrechts

JuraJuristische AusbildungJuSJuristische SchulungJZJuristen Zeitung

Kap. Kapitel

KB Law Reports: King's Bench (englische Entscheidungssamm-

lung)

KöKoAktG Kölner Kommentar zum Aktiengesetz

KritV Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechts-

wissenschaft

LJ Lord Justice (Rang eines englischen Richters)

LQR Law Quarterly Review

LG Landgericht
lit. Buchstabe (littera)
LPA Les petites affiches

LR (Bandzahl) Eq Law Reports, Equity (englische Entscheidungssammlung)
LR (Bandzahl) HL Law Reports, House of Lords (englische Entscheidungs-

sammlung)

LR (Bandzahl) Ch App Law Reports, Chancery Appeals (englische Entscheidungs-

sammlung)

LR (Bandzahl) QB Law Reports, Queen's Bench (englische Entscheidungs-

sammlung)

L.T. Law Times Reports (englische Entscheidungssammlung)

m.E. meines Erachtens

Maastricht J. Eur. Maastricht Journal of European and Comparative Law (Zeit-

& Comp. L. schrift

Mod. L. Rev. Modern Law Review (englische Zeitschrift)

MoMiG Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Be-

kämpfung von Missbräuchen

MüKoAktG Münchener Kommentar zum Aktiengesetz

MüKoBGB Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch
MünchHdB-GesR Münchener Handbuch des Gesellschaftsrechts

m.w.N. mit weiteren Nachweisen

n.F. neue Fassung

NJW Neue Juristische Wochenschrift NJW-Spezial Neue Juristische Wochenschrift Spezial

NotBZ Zeitschrift für die notarielle Beratungs- und Beurkundungs-

praxis

NVwZ Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZA Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZG Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

NZWiSt Neue Zeitschrift für Wirtschafts-, Steuer- und Unternehmens-

strafrecht

OLG Oberlandesgericht

OWiG Gesetz über Ordnungswidrigkeiten

Q.B.D. Law Reports, Queen's Bench Division (englische Entschei-

dungssammlung)

QB Law Reports, Queen's Bench (Third Series) (englische Ent-

scheidungssammlung)

QdR Queensland Reports (australische Entscheidungssammlung)
RabelsZ Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Pri-

vatrecht

RdA Recht der Arbeit

RIW Recht der Internationalen Wirtschaft

Rev. crit. DIP Revue critique de droit international privé (französische Zeit-

schrift)

Rev. DIP Revue de droit international privé (französische Zeitschrift)

Rev. sociétés Revue des sociétés (französische Zeitschrift)

Rev. trim. Revue trimestrielle de Droit civil (französische Zeitschrift)

RG Reichsgericht

RGZ Entscheidungssammlung des Reichsgerichts in Zivilsachen

RIDC Revue internationale de droit comparé (französische Zeit-

schrift)

Riv. d. Soc. Rivista delle Società (italienische Zeitschrift)
Riv. d. dir. civ. Rivista di diritto civile (italienische Zeitschrift)

Riv. d. dir. int. Rivista di diritto internazionale (italienische Zeitschrift)
Riv. di dir. int. priv. e proc. Rivista di diritto internazionale privato e processuale (italie-

nische Zeitschrift)

RJDA Revue de jurisprudence de droits des affaires (französische

Zeitschrift)

Rn. Randnummer
Rs. Rechtssache
Rz. Randziffer
S. Seite
s.a. siehe auch

SA Société anonyme (französische Aktiengesellschaft)

Sanders-VOV Vorentwurf zur SE-Verordnung von Prof. Pieter Sanders

(1966)

SAS Société par actions simplifié (französische kleine Aktienge-

sellschaft)

SCA Société en accomandite par actions (französische Komman-

ditgesellschaft auf Aktien)

SEAG Gesetz zur Ausführung der Verordnung (EG) Nr. 2157/2001

des Rates vom 8. Oktober 2001 über das Statut der Europäi-

schen Gesellschaft (SE)

SEBG Gesetz über die Beteiligung der Arbeitnehmer in einer Euro-

päischen Gesellschaft

Sec. Section (Artikelzählung in englischen Gesetzen)
SEEG Gesetz zur Einführung der Europäischen Gesellschaft

SE-VO Verordnung (EG) Nr. 2157/2001 des Rates vom 8. Oktober

2001 über das Statut der Europäischen Gesellschaft (SE)

SE-VOV Vorentwurf zur SE-Verordnung (mit Jahreszahl)

SE-RL Richtlinie 2001/86/EG des Rates vom 8. Oktober 2001 zur

Ergänzung des Statuts der Europäischen Gesellschaft hin-

sichtlich der Beteiligung der Arbeitnehmer

Slg. Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes

s.o. siehe oben

S.p.A. Società per Azioni (italienische Aktiengesellschaft)

StAZ Das Standesamt (Zeitschrift)

s.u. siehe unten

Suppl. Supplemento (Zusatz, Beilage)

SZW/RSDA Schweizerische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht - Revue

suisse de droit des affaires - Swiss Review of Business Law

Trib. Tribunale (italienischer Gerichtshof)

T.U.F. Testo unico delle disposizioni in materia di intermediazione

finanziaria (italienisches Finanzgesetzbuch)

u.a. unter anderem

UKSC United Kingdom Supreme Court (Oberstes Gericht im Verei-

nigten Königreich)

Unterabs. Unterabsatz

Urt. Urteil
usf. und so fort
usw. und so weiter

v versus (in englischen Gerichtsentscheidungen)

vgl. vergleiche

VOV Verordnungs-Vorentwurf

WLR Weekly Law Reports (englische Entscheidungssammlung)

WM Wertpapier-Mitteilungen WSI-Mitt. WSI-Mitteilungen

Yale L.J. The Yale Law Journal (Zeitschrift)

YbPrivIntL Yearbook of Private International Law (Zeitschrift)

z.B. zum Beispiel

ZBB Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft
ZEuP Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZEuS Zeitschrift für Europarechtliche Studien

ZEV Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge

ZfRV Zeitschrift für Rechtsvergleichung

ZGR Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht

ZInsO Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht

ZIP Zeitschrift für Wirtschaftsrecht

ZIS Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik

ZRP Zeitschrift für Rechtspolitik

ZVglRWiss Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft

ZZP Zeitschrift für Zivilprozeß

## Einleitung

Über den Zusammenhang von Sprache und Recht ist bereits viel geschrieben worden; und es gäbe wohl noch viel mehr zu schreiben. Auch diese Arbeit wird versuchen, einen (allgemeinen) Beitrag zum Thema zu leisten, sich thematisch dabei aber auf die Europäische Aktiengesellschaft beschränken, ein Gebiet, das durch seine originelle und komplizierte Einbindung in das Gefüge der europäischen Mehrsprachigkeit eine lohnende Untersuchung verspricht. Dazu wird zunächst auf das Thema hingeführt (nachfolgend A–D), bevor allgemeine Grundlagen geklärt werden können (1. Kapitel). Die Untersuchung erfolgt in drei Teilen (2. bis 4. Kapitel), denen ein abschließendes Fazit (5. Kapitel) folgt.

### A. Der Erfolg der SE in der Rechtswirklichkeit

Ob die Europäische Aktiengesellschaft oder Societas Europaea (im Folgenden: SE) ein Erfolg im Sinn des europäischen Gesetzgebers ist, wird nach wie vor unterschiedlich beurteilt. Die SE wurde früh schon als "Flaggschiff des Europäischen Gesellschaftsrechts"<sup>1</sup> betitelt und ihre nach langer wechselvoller Gesetzgebungsgeschichte erfolgte Einführung begrüßt.<sup>2</sup>

Ob diese Erwartungen in der Zwischenzeit erfüllt sind, lässt sich nicht ohne Weiteres an den absoluten Zahlen ablesen. Die maßgeblichen europäischen Regelungen bestehen aus einer Verordnung zur Regelung des Statuts der SE<sup>3</sup> (im Folgenden: SE-VO) und einer Richtlinie, die diese hinsichtlich der Arbeitnehmer ergänzt<sup>4</sup> (im Folgenden: SE-RL). Sie traten am 08.10.2004 in Kraft bzw.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Hopt, ZIP 1998, 98 (99). Das "Flaggschiff"-Bild wurde in der Folge häufig aufgegriffen, vgl. Hommelhoff/Teichmann, SZW/RSDA 2002, 1 (1); Teichmann, ZGR 2002, 383 (384); C. Schäfer, NZG 2004, 785 (791).

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Unter den zahlreichen Beiträgen besonders optimistisch etwa *Blanquet*, ZGR 2002, 20 (20 ff., 63 ff.); auch *Fages/Menjucq*, JCP-E 2005, 39, 1571 (1572); *Cathiard*, JCP-E 2012, 13, Artikel 212, 9 (11); *Colombani*, LPA 17. Januar 2001, 12, 15 (15 ff.).

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Verordnung (EG) Nr. 2157/2001 des Rates vom 8. Oktober 2001 über das Statut der Europäischen Gesellschaft (SE), ABI. L 294 vom 10.11.2001, S. 1–21.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Richtlinie 2001/86/EG des Rates vom 8. Oktober 2001 zur Ergänzung des Statuts der Europäischen Gesellschaft hinsichtlich der Beteiligung der Arbeitnehmer, ABI. L 294 vom 10.11.2001, S. 22–32.

2 Einleitung

waren bis zu diesem Zeitpunkt umzusetzen.<sup>5</sup> Seitdem wurden in Europa 2901 SE gegründet, davon 475 in Deutschland.<sup>6</sup> Allerdings befinden sich unter diesen bereits registrierten Gesellschaften noch viele Vorratsgesellschaften;<sup>7</sup> darauf weist auch der hohe Anteil tschechischer Gesellschaften hin (2055, also 70 %), da in der Tschechischen Republik aufgrund besonderer gesellschaftsrechtlicher Hintergründe viele Vorratsgesellschaften gegründet wurden und die SE auch zur Finanzierung des Unternehmens genutzt werden können (oder jedenfalls genutzt werden).<sup>8</sup> Diese absoluten Zahlen sind insbesondere dann wenig beeindruckend, wenn man sie mit den sonstigen Rechtsformen von Kapitalgesellschaften vergleicht: So standen etwa in Deutschland am 01.01.2017 den 417 bestehenden SE beispielsweise 15.130 als AG und 1.219.251 als

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Art. 70 SE-VO, Art. 14 Abs. 1 SE-RL. In Deutschland erfolgte die Umsetzung durch das Gesetz zur Ausführung der Verordnung (EG) Nr. 2157/2001 des Rates vom 8. Oktober 2001 über das Statut der Europäischen Gesellschaft (SE) (SE-Ausführungsgesetz – SEAG) vom 22. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3675), zuletzt geändert durch Artikel 14 des Gesetzes vom 24. April 2015 (BGBl. I S. 642) (im Folgenden: SEAG) und durch das Gesetz über die Beteiligung der Arbeitnehmer in einer Europäischen Gesellschaft (SE-Beteiligungsgesetz – SEBG) vom 22. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3675, 3686) (im Folgenden: SEBG). Aufgrund der Verweisungsstruktur bedurfte auch die SE-VO einer Umsetzung, s. dazu Einl. B, S. 6 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> <a href="http://ecdb.worker-participation.eu/">http://ecdb.worker-participation.eu/</a>, zuletzt abgerufen am 21.10.2017.

<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> Hierfür sind genaue Zahlen schwer zu erhalten. Immerhin weisen die Angaben mehrerer Anbieter von Vorratsgesellschaften allein in Deutschland auf einen aktiven Markt hin (vgl. <a href="http://www.confidenta.de/se\_angebot.html">http://www.blitzstart.com/vorratsgesellsch</a> aften/se>; <http://www.sofort-gesellschaften.de/d/Angebotsliste/Vorrats SE.php>; <https://www.sofort-gesellschaften.de/d/Angebotsliste/Vorrats SE.php>; <https://www.sofort-gesellschaften.de/d/Angebotsliste/Se.php.gord-gesellschaften.de/d/Angebotsliste/Se.php.gord-gesellschaften.de/d/Angebotsliste/Se.php.gord-gesellschaften.de/d/Angebotsliste/Se.php.gord-gesellschaften.de/d/Angebotsliste/Se.php.gord-gesellschaften.de/d/Angebotsliste/Se.php.gord-gesellschaften.de/d/Angebotsliste/Se.php.gord-gesellschaften.de/d/Angebotsliste/Se.php.gord-gesellschaften.de/d/Angebotsliste/Se.php.gord-gesellschaften.de/d/Angebotsliste/Se.php.gord-gesellschaften.de/d/Angebotsliste/Se.php.gord-gesellschaften.de/d/Angebotsliste/Se.php.gord-gesellschaften.de/d/Angebotsliste/Se.php.gord-gesellschaften.de/d/Angebotsliste/Se.php.gord-gesellschaften.de/d/Ang //www.foris.com/vorratsgesellschaften/unser-angebot.html>; jeweils zuletzt abgerufen am 21.10.2017); auch anfänglich geäußerte Zweifel an der Zulässigkeit solcher Vorratsgesellschaften (T. Blanke, "Vorrats-SE" ohne Arbeitnehmerbeteiligung, 2005, S. 9 ff.; T. Blanke, ZIP 2006, 789 (791 f.).) sind mittlerweile jedenfalls in der Literatur überstimmt: Casper, AG 2007, 97 (100); Casper/Schäfer, ZIP 2007, 653 (655); Luke, NZA 2013, 941 (941 ff.). Auch die Rechtsprechung erlaubt nun Vorratsgesellschaften, siehe OLG Düsseldorf, I-3 Wx 248/08, Beschl. vom 30.03.2009 = ZIP 2009, 918, anders noch LG Hamburg, 417 T 15/05, Beschl. vom 30.09.2005 = ZIP 2005, 2018. Von den SE sind etwa die Hälfte solche ohne Arbeitnehmer (vgl. Mitteilung der Kommission zur Überprüfung der Richtlinie 2001/86/EG des Rates vom 8. Oktober 2001 zur Ergänzung des Statuts der Europäischen Gesellschaft hinsichtlich der Beteiligung der Arbeitnehmer, 30.09.2008, KOM(2008) 591 endg., S. 8, Fn. 9; sie brauchen deswegen allerdings noch keine Vorratsgesellschaften zu sein; zudem werden spätere Änderungen nicht erfasst, vgl. <a href="http://ecdb.worker-participation.eu/">http://ecdb.worker-participation.eu/</a>, abgerufen am 21.10.2017). Die Hans-Böckler-Stiftung geht für den 01.07.2017 von europaweit 462 "aktiven" SE mit mindestens 5 Arbeitnehmern aus gegenüber 2365 Mikro- oder UFO-Gesellschaften, <a href="https://www.boeckler.de/pdf/pb\_mitbestimmung\_se\_2017\_6.pdf">https://www.boeckler.de/pdf/pb\_mitbestimmung\_se\_2017\_6.pdf</a>, abgerufen am 21.10.2017. Von diesen 462 aktiven SE befanden sich 243 in Deutschland. Insgesamt scheint die Vorratsgesellschaft (anders als zunächst geplant) der "bei Weitem beliebteste Weg in die SE" zu sein (etwa 44 % der Gründungen in Deutschland), Schuberth/von der Höh, AG-Report 2014, 439 (440 f.); Köstler/Pütz, AG-Report 2013, R180 (R180).

<sup>&</sup>lt;sup>8</sup> Dazu ausführlicher *Eidenmüller/Lasák*, in: FS Hommelhoff 2012, 187 (187 ff., zum Finanzierungsmodell näher S. 199 f.).

GmbH organisierte Kapitalgesellschaften gegenüber. Allerdings schlägt sich die SE offenbar besser als die EWIV (Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung), die schon seit 1988 gegründet werden kann, zahlenmäßig jedoch von der SE bereits überholt wurde. 10

Zudem verzeichnet die Rechtsform der SE gerade in Deutschland seit ihrer Gründung die höchsten Zuwachsraten von allen Rechtsformen.<sup>11</sup> Als Gründe dafür, die Rechtsform der SE zu wählen, werden von den Unternehmen die Möglichkeiten, den Aufsichtsrat zu verkleinern,<sup>12</sup> die monistische Führungsstruktur zu wählen<sup>13</sup> und vom europäischen Image zu profitieren genannt.<sup>14</sup>

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> Kornblum, GmbHR 2017, 739 (739 f.).

<sup>&</sup>lt;sup>10</sup> Bis zum 12.10.2017 wurden 2547 EWIV gegründet, davon 419 wieder aufgelöst, womit 2128 verbleiben, vgl. <a href="http://www.libertas-institut.com/wp-content/uploads/2017/10/">http://www.libertas-institut.com/wp-content/uploads/2017/10/</a> ewiv-statistik.pdf>, abgerufen am 21.10.2017. In Deutschland wurde die Rechtsform der EWIV bereits zum 01.01.2014 überholt, *Kornblum*, GmbHR 2014, 694 (700). Zur EWIV ausführlicher unten 2. Kap., B III 5 a, S. 180 ff., und 3. Kap., D III 3, S. 266 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>11</sup> Kornblum, GmbHR 2017, 739 (748); Kornblum, GmbHR 2016, 691 (700); Kornblum, GmbHR 2015, 687 (692); Kornblum, GmbHR 2014, 694 (699); Kornblum, GmbHR 2013, 693 (699); Kornblum, GmbHR 2012, 728 (733); Kornblum, GmbHR 2011, 692 (697); Kornblum, GmbHR 2010, 739 (744); Kornblum, GmbHR 2009, 1056 (1060); Kornblum, GmbHR 2009, 25 (31); Eidenmüller/Engert/Hornuf, AG 2008, 721 (724); W. Bayer/Schmidt, AG-Report 2008, R31; W. Bayer/Schmidt, AG-Report 2007, R192; W. Bayer/Schmidt, Status Recht 2007, 334; zum zuletzt stabilen Wachstum auch Schuberth/von der Höh, AG-Report 2014, 439 (440).

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup> Eidenmüller/Engert/Hornuf, AG 2009, 845 (848 f.); Schuberth/von der Höh, AG-Report 2014, 439 (440, Zahlen dazu S. 442); Casper, in: Spindler/Stilz, Kommentar zum Aktiengesetz, 2015, Vor Art. 1 SE-VO Rn. 20; Hemeling, Die Societas Europaea (SE) in der praktischen Anwendung, 2008, S. 12.

<sup>&</sup>lt;sup>13</sup> So bereits *Fleischer*, AcP 204 (2004), 502 (521 ff.); *Teichmann*, BB 2004, 53 (53 ff.); vgl. auch die Zahlen bei *W. Bayer/Hoffmann/Schmidt*, AG-Report 2009, R480 (R480); *W. Bayer/Schmidt*, BB 2008, 454 (454).

<sup>&</sup>lt;sup>14</sup> Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat über die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 2157/2001 des Rates vom 8. Oktober 2001 über das Statut der Europäischen Gesellschaft (SE), Brüssel, den 17.11.2010, KOM(2010) 676 endgültig, S. 3; aus der Praxis vgl. z.B. die Pressemitteilung von EON, abrufbar unter <a href="http://www.dgap.de/dgap/News/corporate/eon-eonhauptversammlung-beschliesst-um wandlung-europaeische-aktiengesellschaft-societas-europaea/?newsID=715470>, abgerufen am 21.10.2017, die Stellungnahme der SCOR SE, referiert bei Cozian/Viandier/Deboissy, Droit des sociétés, 2017, Rn. 1825; für die Allianz SE Hemeling, Die Societas Europaea (SE) in der praktischen Anwendung, 2008, S. 12. Aus der Literatur Schuberth/von der Höh, AG-Report 2014, 439 (440); ferner dazu und zu Überlegungen, ob die Umwandlung in eine SE am Kapitalmarkt mit einem Aufschlag der Aktien beurteilt wird, Eidenmüller/Engert/Hornuf, AG 2009, 845 (847, 851 ff.); Bungert/Beier, EWS 2002, 1 (10); Cathiard, Bull. Joly Soc. 2007, 539 (542); Lutter, in: Lutter/Hommelhoff/Teichmann, SE-Kommentar, 2. Aufl., 2015, Einl. SE-VO Rn. 33 (mit Beispielen in Fn. 95); ausführlich (und zweifelnd) Hornuf, Regulatory competition in European corporate and capital market law, 2012, S. 80 ff., insb. S. 95 f.